Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2004-11-09

Dezernat/ Amt: II / Fd f. Geoinf.,
Bodenordnung u.
Grundstücksbew
Bearbeiter: Herr Frisch
Telefon: 545-2751

Beschlussvorlage

Drucksache Nr.

00194/2004

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Neuwahl der Gemeindevertreter im Umlegungsausschuss der Landeshauptstadt Schwerin
Umsetzung einer Änderung im Baugesetzbuch

Beschlussvorschlag

Aus den von den Fraktionen benannten Kandidaten werden zwei Mitglieder und zwei stellvertretende Mitglieder des Umlegungsausschusses der Landeshauptstadt gewählt. Mit der Neuwahl scheidet die bisherigen Gemeindevertreter aus.
Die bisherige Ermächtigung des Umlegungsausschusses zur selbstständigen Durchführung von Grenzregelungsverfahren (§ 1 (1) Satz 2 Umlegungsausschussverordnung – UmlAVO) wird auf Grund der Änderung des Baugesetzbuches auf das nun stattdessen eingeführte Vereinfachte Umlegungsverfahren übertragen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

In der Landeshauptstadt Schwerin ist auf Beschluss der Stadtvertretung 1993 ein Umlegungs-ausschuss als ständiger Ausschuss entsprechend § 1 der Verordnung über die Bildung von Umlegungsausschüssen und das Vorverfahren in Umlegungs- und Grenzregelungsangelegenheiten (Umlegungsausschussverordnung - UmlAVO) vom 30.06.93 gebildet worden. Neben den drei Fachmitgliedern sollen zwei Mitglieder der Gemeindevertretung angehören (§ 2 (2) UmlAVO). Die Fachmitglieder sind unbefristet gewählt.

Zur Zeit sind folgende Gemeindevertreter Mitglieder des Umlegungsausschusses: Frau Ruth Frank (stellv. Mitglied Herr Dr. Edmund Haferbeck) und Herr Winfried Babinsky (stellv. Mitglied Herr Horst Schüller). Herr Winfried Babinsky und Herr Horst Schüller sind nicht mehr als gewählte Gemeindevertreter Mitglieder der neuen Stadtvertretung und können somit nicht wiedergewählt werden. Eine Wiederwahl der beiden anderen bisherigen Umlegungsausschussmitglieder ist möglich.

Der Umlegungsausschuss der Landeshauptstadt Schwerin ist als ständiger Ausschuss mit der Ermächtigung Grenzregelungsverfahren selbstständig durchführen zu können 1993 entsprechend § 1 (1) Umlegungsausschussverordnung – UmlAVO gebildet worden. Mit dem

Wegfall des Grenzregelungsverfahrens und der Einführung des Vereinfachten Umlegungsverfahrens durch die Änderung des Baugesetzbuches wird die Ermächtigung des Umlegungsausschusses der Landeshauptstadt Schwerin zur selbstständigen Durchführung Vereinfachter Umlegungsverfahren notwendig, um die laufenden Grenzregelungsverfahren, die durch die Übergangsklausel direkt in Vereinfachte Umlegungsverfahren übergeleitet worden sind, weiterführen zu können.

Eine Verfahrensübersicht und weitere Informationen zum Thema Bodenordnung finden sich unter www.schwerin.de/umlegungsausschuss.

2. Notwendigkeit

Die Mitglieder, die der Gemeindevertretung angehören, sind in jeder Wahlperiode durch die Gemeindevertretung neu zu wählen. Bis zur Neuwahl sind die bisherigen Mitglieder im Amt.

Mit dem Europarechtsanpassungsgesetz Bau (EAG Bau) vom 20. Juli 2004 ist das bisherige Bodenordnungsverfahren Grenzregelung in das neue Vereinfachte Umlegungsverfahren umgewandelt worden (§§ 80 ff Baugesetzbuch).

3. Alternativen

keine

4. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Weiterführung der laufenden Bodenordnungsverfahren zur Eigentumsrechtlichen Umsetzung der Bauleitplanung.

5. Finanzielle Auswirkungen

keine

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

Umlegungsausschussverordnung

gez. Wolfgang Schmülling
Beigeordneter

gez. Norbert Claussen
Oberbürgermeister